

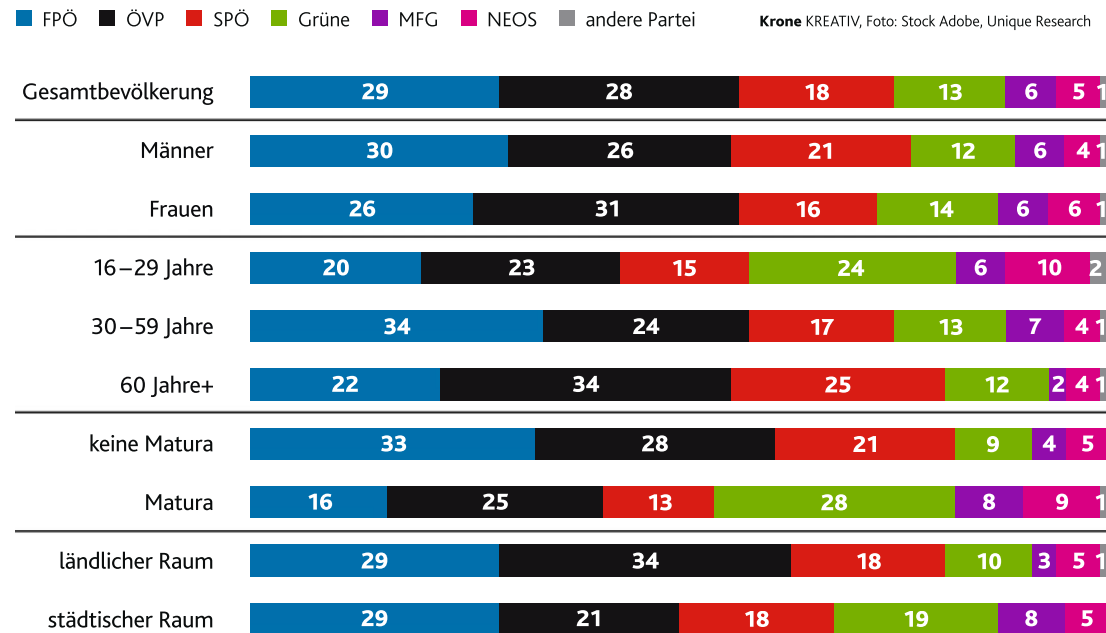
Bei den Jungwählern haben die

Laut einer Umfrage der „Krone“ punktet Öko-Partei in OÖ bei unter 30-Jährigen, die ÖVP bei den Älteren.

Wäre am nächsten Sonntag in Oberösterreich Landtagswahl, würden die Grünen bei 24 Prozent landen – allerdings nur, wenn ausschließlich 16- bis 29-Jährige zur Urne gingen (siehe Grafik). Knapp ein Jahr nach der tatsächlichen Landtagswahl zeigt eine aktuelle Umfrage von Unique Research im Auftrag der „OÖ Krone“, dass die Öko-Partei um Landessprecher Stefan Kaineder bei den Jungwählern die Nase vorne hat – noch vor den Koalitionsparteien ÖVP (23%) und FPÖ (20%).

Verglichen mit anderen Altersgruppen schneiden auch die Neos bei den Jungen passabel ab: Zehn Prozent der 16- bis 29-Jährigen würden Pink wählen. Das

WAHLVERHALTEN NACH SOZIOÖKONOMISCHEN GRUPPEN



sind doppelt so viele Prozentpunkte wie im Gesamtergebnis. Hier zeigt sich eine Parallele zu den Grünen – auch sie kommen in der Gesamtbevölkerung nur auf etwas mehr als die Hälfte des Jungwähler-Werts.

Was die Jungen für die Grünen sind, sind die älteren Menschen für die ÖVP: Stimmenbringer Nummer eins. 34 Prozent der Über-60-Jährigen würden die Volkspartei wählen, die in diesem Wählersegment

deutlich vor SPÖ (25%) und FPÖ (22%) liegt.

30- bis 59-jährige Männer wählen vor allem die FPÖ

Der typische Wähler der FPÖ ist indes zwischen 30 und 59 Jahre alt, männlich

Grünen derzeit die Nase vorn



Hoffnungsvoller Blick in die Zukunft: Die Grünen rund um Stefan Kaineder punkten vor allem bei den 16- bis 29-Jährigen

und hat keine Matura. Die Freiheitlichen liegen in diesen drei Wählersegmenten an der Spitze. Bei den besser Gebildeten mit Maturaabschluss liegen die Grünen mit 28 Prozent vor der ÖVP (25%) an der Spitze. Auffal-

lend: Mit 8 Prozent erreicht die Coronamaßnahmen-kritische MFG in dieser Kategorie ihren Bestwert.

Interessant ist ein weiterer Gesichtspunkt: Selbst die urbane Wählerschaft ist in Oberösterreich tendenziell

rechts der Mitte angesiedelt: FPÖ, ÖVP und MFG erreichen in den Städten zusammen 58 Prozent. Im ländlichen Raum ist die Welt für die ÖVP noch in Ordnung. Sie ist hier laut Umfrage mit 34 Prozent klar in Führung.

Dennoch wird das Team um LH und ÖVP-Chef Thomas Stelzer froh sein, dass die nächste Wahl erst 2027 ansteht: Denn im Gesamtergebnis stürzt die Partei, wie berichtet, um mehr als 9 Prozentpunkte ab. CO

Vorerst gibt's keine neuen Entlastungen

Die Regierungsklausur von ÖVP und FPÖ brachte nur vage Ankündigungen.

Wie kann die Teuerung nachhaltig abgefedert werden? Diese Frage stand im Zentrum der Klausur der Landesregierungsspitzen von ÖVP und FPÖ Montagabend in Gmunden. Basierend auf einem Ausblick von Wirtschaftswissenschaftler Teodoro Cocca von der JKU Linz und WIFO-Chef Gabriel Felbermayr auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung seien erste Eck-

pfeiler für die Erstellung des Landeshaushalts fixiert worden, hieß es am Dienstag.

Gemeinsames Ziel sei es, der Bevölkerung zu helfen, beteuern LH Thomas Stelzer (ÖVP) und sein Vize Manfred Haimbuchner (FPÖ): „Der künftige Landeshaushalt soll daher ganz im Zeichen der Unterstützung und Hilfe für die Menschen in schwierigen Zeiten stehen.“ Konkreteres war



Die schwarz-blaue Regierungsspitze rund um Landeshauptmann Thomas Stelzer (links vorne) und Manfred Haimbuchner (rechts vorne) traf sich zur Klausur in Gmunden.

vorerst nicht zu erfahren. Nur so viel: „Wenn wir feststellen, dass die bisherigen Hilfen von Bund und Land nicht reichen, werden wir den Menschen zusätzlich helfen.“ Bei der Klausur sei-

en bereits „verschiedene mögliche Unterstützungen – unter anderem in den Bereichen des Heizens, Wohnens und Pendelns sowie zur Bestreitung des Alltags“ erörtert worden. CO

NEUREGELUNG

Gemeindefinanzierung soll ab 2023 transparenter werden

Der Fall Unterach ist ein anschauliches Beispiel dafür, dass das Prinzip der Gemeindefinanzierung zu überdenken war: Für zwei Grundstücksankäufe am Attersee hatte die Gemeinde vom Land 2,8 Millionen Euro erhalten und dann einen Teil der Fläche an einen privaten Investor verpachtet. Der Landesrechnungshof prangerte die Praxis an – ab 2023 soll so etwas nun nicht mehr möglich sein.

Dafür sorgt eine jetzt vereinbarte Anpassung des derzeitigen Gemeindefi-

nanzierungsmodells. Für Projekte wie in Unterach sei künftig zwar eine Förderquote von 75 Prozent möglich, aber: „Es muss im öffentlichen Besitz bleiben, und es muss öffentlich zugänglich sein, in der gesamten Fläche“, sagt Gemeinделandesrätin Michäela Langer-Weninger (ÖVP), die die Neuregelung am Dienstag gemeinsam mit SPÖ-Pendant Birgit Gerstorfer präsentierte. Neben der höheren Transparenz soll künftig auch die Bürokratie verringert werden.

CHRISTIAN MADER

Oberösterreich hat einen neuen Gemeindebund-Präsidenten

Nach mehr als zwölf Jahren hat Johann Hingsamer am Dienstag im Rahmen des Oberösterreichischen Gemeindetages sein Amt als Präsident des oberösterreichischen Gemeindebundes an Christian Mader übergeben. Hingsamer war 29 Jahre lang Bürgermeister von Eggerding und 24 Jahre lang Landtagsabgeordneter für die ÖVP. Am Dienstag verlieh ihm LH Thomas Stelzer das Goldene Ehrenzeichen des Landes.

Der Neue, Christian Mader, ist seit 2015 Bür-



Hingsamer und Mader (r.)

germeister von Schlatt und sitzt seit Herbst 2021 ebenfalls für die ÖVP im Landtag. Der Landesausschuss hatte ihn – auch mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ – nominiert.